ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

1955: Werden die Verteidigungsausgaben die Konjunktur beeinflussen?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1955) : 1955: Werden die Verteidigungsausgaben die Konjunktur beeinflussen?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 1, pp. 5-8

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132015

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ZEITGESPRÄCH

1955:
Werden die Verteidigungsausgaben die Konjunktur beeinflussen?

Prof. Dr. Walther Herrmann, Köln:

Ein Rüstungsboom ist nicht gefragt

So wie sich die rüstungswirtschaftlichen Fragen z. Z. darstellen, darf man wohl davon ausgehen, daß die westdeutsche Konjunkturentwicklung von der Realität der Verteidigungsausgaben, die im Jahre 1955 zusätzlich erfolgen können, wenig beeinflußt werden wird. Setzt man einmal die Größenordnung mit der im Bundeshaushaltvorgesehenen Summe von 9,26 Mrd. DM im nächsten Haushaltsjahr an, so entspricht sie weniger als 7 % des industriellen Umsatzes des soeben abgelaufenen Jahres und weniger als der Hälfte der Ausfuhr von 1954. Ferner handelt es sich um weniger als ein Fünftel der öffentlichen Ausgaben, die unsere Wirtschaft in den letzten Jahren aufzunehmen gewöhnt wurde. Der genannte Etatposten enthält zudem Teilbeträge, die auch bisher schon laufend für den gleichen Zweck ausgegeben worden sind, z. B. für die Besatzungsbauten, die Berliner Besatzungskosten, die Unterhaltung der Hilfskorps und die Pensionen.

Diese Posten haben zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auch bisher schon die deutsche Wirtschaftskonjunktur getragen, insbesondere die der Bauwirtschaft. 1953 machten beispielsweise die Besatzungsaufträge über 15 % des Gesamtumsatzes des Bauhauptgewerbes in der Bundesrepublik aus, im Lande Rheinland-Pfalz sogar über 50 % des Bauumsatzes. Hier war zeitweilig ein Anlaß zur Sorge gegeben, weil die Unternehmungen keinen Einblick in die Ausgabenpolitik der Besatzungsmächte hatten, z. B. nichts Zuverlässiges über Anschlußaufträge und Vergabezeitpunkte erfuhren. Ein Teil der Diskussion über die Kassenguthaben der öffentlichen Hand galt doch gerade der Mittelhortung im Besatzungskostenhaushalt. Daß mehr Transparenz der Ausgabenpolitik in diesem Sektor zur konjunkturellen Sicherheit beitragen kann, dürfte nach den Erfahrungen der drei letzten Jahre unbestritten sein.

Aber auch wenn wir es von der politischen Aufgabe her hinnehmen müßten, daß die Überwindung des nach EVG-Maßstäben auf drei Jahre bemessenen Risikozeitraumes schneller zu erfolgen hätte und demnach die Etatposten — vielleicht um 100 % — überzogen werden müßten (z. B. durch eine größere Anleihe, den Einsatz der aufgelaufenen Gelder und die Inanspruchnahme des Kassenkreditspielraums aller fiskalischen Gewalten), so würde auch das im allgemeinen noch auf ziemlich viel Elastizität in unserer Volkswirtschaft treffen. Denn Konjunktur-Reserven sind durchaus noch vorhanden!

Bei den Menschen liegen sie bei den strukturell und z. T. auch bei den saisonal Arbeitslosen, bei mehreren übersetzten Wirtschafts- und Verwaltungszweigen, auch bei einigen freien Berufen. Beim Produktionsapparat liegen sie in der Produktivitätssteigerung, in der Technisierung und in den unausgenutzten Kapazitäten, die sich, wenn auch nicht gleichmäßig, fast noch durch die ganze Produktionsstruktur, im besonderen durch die Konsumgüterindustrie hindurchziehen. Dann liegen sie aber auch vor allem in dem Devisenpolster der Volkswirtschaft, das gerade bei einer zeitweiligen Überbeanspruchung der inneren Leistungsfähigkeit mit eingesetzt werden kann. Denn das ist doch als Vorzug gegenüber den Planungen der 30er Jahre zu buchen, daß die Programmschmiede sich nicht die blaue Brille der Autarkiepolitik aufgesetzt haben. Sodann liegt noch eine wichtige Reserve in dem Nachholvolumen der Berliner Wirtschaft. Und schließlich darf auch in dem ausländischen Kapitalangebot eine erschließbare Hilfsquelle gesehen werden.

In der Stahlwirtschaft, um ein Beispiel aus der Produktion anzuführen, hat das Jahr 1954 mit 17,5 Mill. t Rohstahl abgeschlossen. Legt man aber die Produktion des letzten Quartals als Kapazität zugrunde, so hätte man auf 19,2 Mill. t kommen können. Nun haben sich die Eisenhüttenleute letzthin mit Schätzungen des Stahlbedarfs der Aufrüstung befaßt. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß dieser Bedarf in den Jahren 1936 bis 1938 bei etwa 7 % der damaligen Stahlproduktion gelegen habe. Solcher Prozentsatz steckt durchaus — selbst in der Aufpfropfung — noch in den Saison-Reserven, ohne daß man die hinzuwachsenden Remontagen mit in die Rechnungeinzusetzen braucht. Überall in der Grundstoff- und Energieproduktion wachsen uns aber jetzt die Resultate der mit der Investitionshilfe eingeleiteten Aufsprengung der Engpässe zu.

Für den Fahrzeugbedarf und den ganzen großen Gerätesektor aus der Eisen und Metall verarbeitenden Wirtschaft, ferner für den Bedarf an Bekleidung und Lederzeug sind ebenfalls ausreichende Produktions-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch" veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziösen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

reserven vorhanden. Weithin hat man sogar auch schon mit den Überlegungen für die Umstellungsinvestitionen eingesetzt und deren Ausmaß als erträglich ermittelt. Dabei geht man allerdings fast überall in der Wirtschaft davon aus, daß die schweren Waffen, die Flugzeuge und viele Artikel der Spezialfertigungen — wenigstens in der Übergangszeit — von den Verbündeten geliefert und in der Hauptsache auch bezahlt bzw. kreditiert werden. Ein amerikanischer Kredit für Warenlieferungen bis zu 4 Milliarden $ soll für die Risikostrecke erwogen werden.

Wenn hier die Realitäten auch als durchaus von der konjunkturellen Entwicklung in Gesundheit zu verarbeitend beurteilt worden sind, so wird eine Gefährdung doch zugegeben, die von den Verteidigungsausgaben auf die Stabilität der wirtschaftlichen Expansion ausgehen kann. Sie liegt in den Rechenfehlern, die in ziemlicher Breite ausgelöst worden sind. Fachkräftehortung, Vorratskäufe, Sachwertpsychosen, Kursübertreibungen bis hin zur Minimalisierung der Aktienrendite und kalkulatorische Unvernunft können Krankheitskeime in die doch schon recht alte und daher vielfach als selbstverständlich angesehene gute Konjunktur hineintragen. Dem muß entgegengearbeitet werden! Weniger indem man das Gesamtobjekt verniedlicht; das macht nur mißtrauisch, wie das Beispiel von der Fehlschätzung der Kosten für die Bundeshauptstadt zeigt. Sondern indem man möglichst präzise rechnet, plausible Größenvorstellungen vom Gesamtobjekt und den Annuitäten entstehen läßt, Spekulanten zum Aufsitzen bringt und sich in der Bundesregierung zu einer Rangordnung unter den großen öffentlichen Ausgabeposten (Rüstung, Wohnungsbau, Verkehrsinvestitionen, Flugwesen, Sozialetat) durchringt, die dem Risikozeitraum — vielleicht nur 75 % einer Legislaturperiode — gemäß ist.

Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg, Berlin:

Engpässe dürften begrenzte Teilerscheinungen bleiben

Zu den Warnungen vor einer künftigen Übersteigerung der wirtschaftlichen Expansion hat sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, in seinem Wochenbericht vom 7. Januar 1955 folgendermaßen geäußert:

„Wenn mit solchen Warnungen zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß das Anstreben einer Wachstumsrate des Sozialprodukts von 8 % auch für das Jahr 1955 zu Bedenken Anlaß gäbe, weil dabei in diesem oder jenem Bereich der Wirtschaft (Arbeitskräfte, Anlagekapazitäten, Roh- und Grundstoffe) Engpässe entstehen könnten, die ihrerseits zu wirtschaftlichen Disproportionalitäten, unerwünschten Preissteigerungen u. dgl. führen müßten, so wäre einer solchen Ansicht nachdrücklich zu widersprechen.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief im vergangenen Jahr bis zum Jahresende stetig und ruhig. Es wurden ausreichend neue Anlagekapazitäten geschaffen, um die in Rede stehenden Produktionssteigerungen ohne allzu große Reibungen durchführen zu können. Die Preise haben sich, wenn man das Preisniveau als Ganzes betrachtet, gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert. Auch das Arbeitskräftepotential ist noch im Wachsen. Endlich haben die Produktivitätssteigerungen noch lange nicht das technisch und organisatorisch an sich mögliche Maß erreicht. (Hingewiesen sei dabei auf das noch immer festzustellende weite Auseinanderklaffen des industriellen Ausstoßes je Arbeitsstunde beispielsweise in den USA und in der Bundesrepublik.) Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch das Anwachsen der Gold- und Devisenreserven der Bundesrepublik, die im Bedarfsfall für geraume Zeit ein Ausweichen auf zusätzliche Importe gestatten würden."

Bei dieser Sachlage hängt die Beantwortung der Frage, welche konjunkturpolitischen Auswirkungen die bevorstehenden Rüstungsmaßnahmen der Bundesrepublik voraussichtlich erlangen werden, vor allem von dem Umfang und der Art des noch im laufenden Jahr anfallenden Verteidigungsbeitrages ab. Der Bundeshaushalt stellt als Verteidigungsbeitrag (einschl. Besatzungskosten) für das Etatjahr 1955/56 einen Pauschalbetrag von 9 Mrd. DM in Rechnung, gegenüber einem effektiven Aufwand von 6 Mrd. DM im laufenden Rechnungsjahr. Auch bei frühzeitiger Inkraftsetzung der in Brüssel und Paris abgeschlossenen Verträge soll es zu keiner Überschreitung der genannten Pauschale kommen.

Materiell handelt es sich bei den Verteidigungsausgaben neben den zweifellos erheblichen personellen Ausgaben um Aufwendungen für Bauten, für Grundstückskäufe usw., ferner für Ausbildungs- und Ausrüstungsgegenstände jeglicher Art, leichte Waffen u. dgl. Der hier zu erwartende Mehrbedarf an Stahl wird verhältnismäßig gering sein. Wieweit Rüstungsbezüge aus dem Ausland, insbesondere aus den USA den laufenden Etat zusätzlich belasten werden, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, jedoch darf dieser Posten vorerst wohl unberücksichtigt bleiben.

Neben den unmittelbaren militärischen Anforderungen wird die Volkswirtschaft in erheblichem Maße m i t t e l b a r durch die Aufrüstung belastet werden. Einmal wird die Wirtschaft vorsorglich Anlagekapazitäten bereitstellen oder überholen, ihre Läger auffüllen u. dgl., auf der anderen Seite wird sich höhere Beschäftigung in wachsenden Einkommen niederschlagen, diese wieder werden, soweit sie nicht zu größerem Sparen führen, die Nachfrage nach Verbrauchsgütern entsprechend vergrößern. Die wachsende Produktion bringt zwangsläufig einen höheren regulären — und nicht nur „vorsorglichen" — Investitionsbedarf mit sich, usw.

Die scheinbar recht unübersichtlichen sekundären Auswirkungen der Expansion lassen sich aber im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtschau laufend beobachten, kontrollieren und gegebenenfalls durch Maßnahmen der staatlichen Konjunkturpolitik beeinflussen.

Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik belief sich im Jahre 1954 auf rd. 145 Mrd. DM. Ein Zuwachs von 8 % würde somit eine Mehrbereitstellung von Gütern und Diensten im Werte von 11 bis

1 12 Mrd. DM bedeuten. Schon die Gegenüberstellung dieses gewaltigen potentiellen Zuwachses und der zu erwartenden zusätzlichen Verteidigungsausgaben (im Jahre 1955, wie erwähnt, maximal 3 Milliarden DM) zeigt, ein wie großer Spielraum auch im laufenden Jahr sowohl für die Erweiterung des Investitionsvolumens als auch für die Ausdehnung des privaten Verbrauchs gegeben ist, zumal zusätzliche Einfuhr nicht nur möglich, sondern als westdeutscher Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Stagnation auf manchen Weltmärkten sogar erwünscht wäre. Natürlich wird es unvermeidbar sein, daß bei der nun schon sieben Jahre anhaltenden wirtschaftlichen Expansion großen Ausmaßes in wirtschaftlichen Teilbereichen Engpässe sichtbar werden, voraussichtlich am nachdrücklichsten auf dem Arbeitsmarkt, wie ja schon im vergangenen Herbst eine Verknappung von Facharbeitern im Baugewerbe einiger Länder der Bundesrepublik eingetreten ist. Erinnert sei aber auch an die Verlangsamung der Lieferzeiten für bestimmte Walzwerkserzeugnisse, an die steigenden Holzpreise u. dgl. Jedoch werden derartige Teilerscheinungen, denen stets mit gesamtwirtschaftlichen Methoden erfolgreich begegnet werden kann, die gesamte Entwicklung nicht nachteilig beeinflussen können, solange diese Entwicklung auf gesunder Basis steht, d. h. die volkswirtschaftlich insgesamt gegebenen Möglichkeiten nicht überfordert werden. Und davon kann gegenwärtig bei einer Nachfragesteigerung um 8 % gegenüber dem Vorjahr kaum die Rede sein. Immerhin wird es sich empfehlen, die Entwicklung laufend aufmerksam zu verfolgen und die einzelnen Maßnahmen rechtzeitig in ihren Auswirkungen abzuschätzen, damit etwaigen Störungsgefahren schon im voraus Rechnung getragen werden kann.

DDr. Hans Langelütke, München:

Die Gefahr liegt in übersteigerten Prosperitätserwartungen

Trotz des beachtlichen wirtschaftlichen Anstiegs, den uns das vergangene Jahr bescherte und der über alle Erwartungen, die man besonders zu seinem Beginn hegte, hinausging, und trotz der fraglos günstigen Aspekte, die sich für das kommende Jahr abzeichnen, läßt sich eine gewisse Sorge um den weiteren Gang unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht unterdrücken. Diese Sorge richtet sich glücklicherweise nicht auf das, was sich in den kommenden Wochen und Monaten abspielen wird, ja nicht einmal auf das, was sich — ungestörte politische Verhältnisse vorausgesetzt — im Verlauf des Jahres 1955 wirtschaftlich ereignen wird. Kurz- und mittelfristig gesehen, stehen wir — meteorologisch gesprochen — fraglos im Zeichen eines lang anhaltenden Hochs. Zwar zeigten sich im saisonalen Höhepunkt der letztjährigen Entwicklung nach einer fast sechsjährigen Periode ungewöhnlich starker Ausweitung des Sozialprodukts, in der sich — verglichen mit der Vorkriegszeit (1936) — die industrielle Produktion verdoppelte, gewisse Grenzen einer weiteren güterwirtschaftlichen Expansion. Sie liegen zum geringeren Teil in den maschinellen Erzeugungskapazitäten, wenn auch in der Eisen- und Stahlwirtschaft wieder Verkäufermärkte in Erscheinung treten, sondern in erster Linie im Bereich unseres Facharbeiterpotentials. So wurden nach Feststellungen des Ifo-Instituts von den im Oktober 1954 befragten Konjunkturtestfirmen 15 % der Betriebe, die Investitionsgüter herstellen, durch Facharbeitermangel behindert. Fast ein Drittel der Betriebe aus der Eisen-, Blech- und Metallindustrie berichtete, daß sie wegen mangelnder Fachkräfte mit Schwierigkeiten zu kämpfen hätten.

Aber trotz dieser sich abzeichnenden Engpässe im Arbeitskräftepotential und der damit in Erscheinung tretenden Tatsache, daß wir den Zustand einer Vollbeschäftigung der Wirtschaft erreicht haben oder ihm doch nahegekommen sind, dürfte die Wirtschaft auch im kommenden Jahr ihr Wachstum fortsetzen und den Produktionshöhepunkt, den sie erreicht hat, nochmals überschreiten. Wenn das Ausmaß dieser Steigerung auch hinter dem Vorjahr zurückbleiben wird, so kann doch damit gerechnet werden, daß die wirtschaftliche Expansion über den Rahmen hinausreichen wird, der von der zu erwartenden, forcierten Produktivitätssteigerung (die man auf 3 bis 4 % veranschlagen darf) her gegeben ist.

Aber es ist nicht die geminderte mengenmäßige Wachstumsentwicklung, die Anlaß zur Sorge gibt. Der tiefere Grund liegt vielmehr in der aus einer wirtschaftsgeschichtlichen Erfahrung von 150 Jahren gewonnenen Erkenntnis, daß unsere Marktwirtschaft — organisch-biologisch gesehen — eine in ihrer Konstitution begründete Anlage zur manisch-depressiven Entwicklung aufweist. Niemand vermag heute zu sagen, ob diese pathologische Disposition zu Aktivitätsschwankungen, die bis zum zweiten Weltkrieg oft in so verhängnisvoller Weise in Erscheinung traten, dank prophylaktischer und therapeutischer Mittel der Konjunkturpolitik überwunden ist, ob mit anderen Worten die „Wellenbewegung" der Wirtschaft bereits einer heute als überholt anzusehenden Geschichtsepoche angehört.

VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20—30, TELEFON 34 10 15

20 GESCHÄFTSBETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN, KIEL

Unter diesem Gefahrenaspekt mag die konjunkturpolitische Gewißheit tröstlich sein, daß der westdeutschen Wirtschaft mit der bevorstehenden Wiederaufrüstung so etwas wie eine konjunkturelle Schwimmweste beschert ist, die sie vor dem Absinken in Stagnation und Depression schützt. Neben die Rüstung treten weiterhin als einsetzbare Konjunkturreserven der noch lange nicht befriedigte Wohnungsbedarf sowie verschiedene andere Lücken, z. B. im Verkehrssektor, wo der seit Jahren bestehende Auffüllprozeß noch andauert.

Aber gerade das Wissen um diese relative Sicherheit im konjunkturellen Geschehen der nächsten Zeit kann leicht zum Anlaß spekulativer Kühnheit werden und damit zu Übersteigerungen führen. Die Neigung und Bereitwilligkeit zu langfristigen Investitionen seitens der Unternehmer hat ihre Wurzel in den Ertragserwartungen. Nun ist zwar die Grenze einer weiteren wirtschaftlichen Expansion in den bereits erwähnten Engpässen erkennbar. Aber es ist keineswegs ausgemacht, daß diese im allgemeinen erkennbare Begrenzung auch die einzelnen im Wettbewerb untereinander stehenden Unternehmer dazu veranlaßt, ihre Pläne und Vorhaben diesen materiell gesetzten Grenzen anzupassen. Sofern ausreichender Kredit zur Verfügung steht oder auf Kassenreserven zurückgegriffen wird, kann im Gegenteil eine drohende Mangelsituation zum Anlaß einer nicht abdeckbaren Nachfrage nach Rohstoffen und Investitionsgütern werden.

In einer solchen Situation weitreichender Verkäufermärkte kann der Preisanstieg ein heilsames Regulativ sein. In der Tat haben sich ja in den letzten Monaten mit der nachlassenden Angebotselastizität gewisse Preiserhöhungstendenzen herausgebildet, die ihren marktwirtschaftlichen Sinn haben, sofern sie angebotserweiternd und nachfragebegrenzend wirken. Der Preisanstieg kann aber auch den einmal in Gang gekommenen Prozeß des Preisauftriebs erhöhen; womit die marktwirtschaftlich gesunde Verteuerung in eine inflatorische Entwicklung einmündet, wenn dem nicht durch kreditrestriktive Maßnahmen rechtzeitig vorgebeugt wird. Besonders gefährlich werden Preissteigerungen, wenn sie auf die Lebenshaltung übergreifen, weil dann über erhöhte Lohnforderungen leicht die Preis-Lohn-Spirale wirksam wird. Bisher kann aber von einer nennenswerten Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht gesprochen werden, denn trotz der qualitativ, z. T. sogar quantitativ schlechten Ernte sind die Ernährungskosten im Gesamtverlauf des Jahres nur um 3 %, die gesamten Lebenshaltungskosten um knapp 2 % gestiegen. Wie oben die Kreditpolitik, so kann hier eine großzügig gehandhabte Einfuhrpolitik gewisse Ausgleichskräfte schaffen.

Glücklicherweise sind heute bereits einige Ausgleichskräfte erkennbar, die auch ohne die oft zu schwere und zu spät wirksame Hand der Wirtschaftspolitik dämpfend auf die Entwicklung einwirken. Als solche kann die hohe Spartätigkeit angesprochen werden, sofern sie — wie auch im Vorjahr — weiter zunimmt. Sie trägt dazu bei, die Preis- und Gewinnsituation in Schach zu halten. Auch der voraussichtlich noch weiter abnehmende Aktivsaldo im Waren- und Dienstleistungsverkehr, der u. a. schon aus der geringer gewordenen Elastizität der für Exportzwecke weniger Spielraum bietenden Investitionsgüterproduktion resultieren wird, bringt ein retardierendes Moment in die Auftriebsentwicklung. Auch gewisse Einflüsse aus der internationalen Preisentwicklung (Verschlechterung der terms of trade), vor allem aber die im Zuge der vorherrschenden Investitionskonjunktur neu entstehenden und rationalisierten Kapazitäten führen — auf längere Sicht — zu einer Lockerung der heute begrenzten Angebotselastizität.

Somit sind gegenüber den oben angedeuteten Gefahren eines Booms und einer konjunkturellen Übersteigerung fraglos Gegenkräfte wirksam. Dennoch sollten die Keime hierzu nicht übersehen werden; sie können und werden sich entwickeln, wenn man ohne konjunkturpolitische Steuerung die Wirtschaft sich selbst überlassen würde. Zu den konjunkturpolitischen Steuerungsmaßnahmen, die die kommende Zeit erfordert, gehören: eine Kreditpolitik, die Tendenzen zur Überinvestition und zur allgemeinen Preissteigerung aufzuhalten weiß; eine liberale Einfuhrpolitik, die Preissteigerungen auf dem Binnenmarkt rechtzeitig durch Erleichterungen von Auslandskäufen entgegenzuwirken sucht; im Zeichen des kommenden Rüstungsbedarfs gehört ferner eine staatliche Beschaffungspolitik dazu, die sich im Rahmen der realen Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft hält und sich in das allgemeine konjunkturpolitische Konzept einfügt.

Wenn es schon eine äußerst schwierige Aufgabe ist, eine zur Schwäche neigende und durch Investitionsunlust absinkende Konjunktur zu stützen, um ihr Abgleiten in eine Depression zu verhindern — eine Aufgabe, vor die sich die Wirtschaftspolitik der USA seit Mitte 1953 gestellt sah —, so dürfte es vielleicht noch schwieriger und verantwortungsvoller sein, eine ansteigende Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der optimalen Ausnutzung der verfügbaren Produktivkräfte zu halten. Übersteigerungen zu dämpfen, ohne Störungen und Rückschläge hervorzurufen, ist ein Aufgabenfeld, das Neuland darstellt und auf dem sich die Konjunkturpolitik erst wird bewähren müssen.

Vor diese Aufgabe einer konjunkturellen Dämpfungspolitik werden wir uns aber im kommenden Jahr angesichts eines weiteren Anstiegs gestellt sehen. Nicht Rückschlagsmöglichkeiten sind es, die uns für 1955 besorgt machen (wobei ich den Aktienmarkt ausgeklammert haben möchte), sondern die Gefahr liegt in euphorisch übersteigerten Prosperitätserwartungen. Der Überwindung dieser Gefahrenmöglichkeiten werden Konjunkturbeobachtung und Konjunkturpolitik 1955 ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden müssen, soll — auf längere Sicht gesehen — die nun einmal manisch-depressiv anfällige Marktwirtschaft vor einem späteren Rückfall in pathologische Krisenzustände bewahrt bleiben, die angesichts der politischen Spannungen in der Welt leicht den Exitus des Systems zur Folge haben können.

Dr. W. v. Golowatscheff, Hamburg

Zur Konjunkturlage der Weltwirtschaft an der Jahreswende

Im vergangenen Jahr 1954 dominierten in der konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft zwei Faktoren: einerseits die aktive Bekämpfung der bereits Mitte 1953 begonnenen konjunkturellen Rückbildung in Nordamerika, andererseits der fortschreitende Konjunkturaufschwung in Westeuropa, wenn man von dem im Frühjahr 1954 vollzogenen Übergang vom konjunkturellen Hochschwung zu einer ausgesprochenen Stagnation in Japan absieht, der weltwirtschaftlich keine wichtige Rolle spielte.

Entwicklung in Nordamerika

Kaum hatten sich im Frühjahr 1953 die ersten Anzeichen einer bevorstehenden Konjunkturrückbildung in den USA bemerkbar gemacht, als die neue republikanische Administration Eisenhower bereits die ersten Gegenmaßnahmen ergriff: sie verließ den bisherigen Kurs der überwiegend restriktiven Kreditpolitik, die bis dahin in der Hauptsache auf die Bekämpfung der im Zuge der Aufrüstung eingetretenen leichten inflationistischen Erscheinungen gerichtet war, wie sie im wesentlichen aus der defizitären Gebarung des Bundeshaushalts herrührten, und ging zu einer Politik der Krediterleichterung und Zinsverbilligung über, um auf diese Weise einem drohenden Rückgang der privaten Investitionstätigkeit und einem überstürzten Lagerabbau vorzubeugen und dabei nicht zuletzt die bisher aus verschiedenen Gründen vernachlässigte Investitionstätigkeit im Wohnungsbau anzuregen.

Als es sich dann in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 herausstellte, daß diese kreditpolitischen Maßnahmen zur Verhinderung eines konjunkturellen Rückschlages nicht ausreichten und der Rückgang der Produktions- und Umsatztätigkeit sich in den letzten Monaten des Jahres 1953 sogar stark beschleunigte, so daß mit der Möglichkeit einer ausgesprochen krisenhaften Zuspitzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in zunehmendem Maße gerechnet werden mußte, entschloß sich die amerikanische Regierung, auch ihre Budgetpolitik, die bis dahin immer noch vor allem auf die Beseitigung des Bundeshaushaltsdefizits gerichtet war, wenigstens zeitweise zu revidieren und die weitere Konjunkturrückbildung auf dem Wege des sog. „deficit spending" zu bekämpfen. Unter Inkaufnahme eines wieder ansteigenden laufenden Fehlbetrages im Bundeshaushalt sollten nämlich die mit dem Beginn des Jahres 1954 in Kraft getretenen erheblichen Steuersenkungen vor allem bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu einer entsprechenden Erhöhung des Gesamtbetrages der nach Abzug der Steuern tatsächlich verfügbaren Privateinkommen und damit auch zu einer entsprechenden Zunahme der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern führen. Gleichzeitig sollte durch weitere Maßnahmen die Investitionstätigkeit der einzelnen Staaten und Gemeinden auf dem Gebiet des Straßen-, Wohnungs-, Schulbaus usw. angeregt werden.

Mit Hilfe dieser Maßnahmen war es in der Tat bereits im Frühjahr 1954 gelungen, die Konjunkturrückbildung in den USA allmählich zum Stillstand zu bringen, so daß in den darauffolgenden Sommermonaten keine weitere Verringerung des industriellen Produktionsvolumens eintrat. Indes bedurfte es noch weiterer zusätzlicher Maßnahmen, um die amerikanische Wirtschaft aus dem nunmehr erreichten — immer noch sehr labilen — Stagnationszustand wieder herauszuführen und ein erneutes Ansteigen ihres Produktionsvolumens zu bewirken, zumal mit Hilfe der bereits getroffenen kredit- und steuerpolitischen Maßnahmen die Investitionstätigkeit nur auf dem Gebiet des Wohnungsbaus wirklich beträchtlich angeregt werden konnte, die gewerblichen Investitionen dagegen nach wie vor rückläufig waren. Außerdem war die Neuerteilung von Rüstungsaufträgen bereits seit dem Frühjahr 1953 durch die Sparmaßnahmen zur Beseitigung des Bundeshaushaltsdefizits auf ein Minimum beschränkt worden, so daß die Industrie seitdem praktisch nur noch mit der Aufarbeitung der schon vorher erteilten Aufträge beschäftigt war. Erst als diese Aufträge seit Herbst 1954 wieder in wesentlich höherem Umfange erteilt wurden und die durch Steuersenkungen ermöglichte Stabilisierung der Einkommensbildung und der Konsumentennachfrage bei gleichzeitig fortschreitendem allmählichen Lagerabbau zu einer allgemeinen Besserung der Liquidität der gewerblichen Wirtschaft in den USA geführt und die Gefahr von überstürzten Lagerliquidationen, stärkeren Preisrückgängen und Insolvenzen weitgehend beseitigt hatten, machten sich in der amerikanischen Wirtschaft die ersten Anzeichen einer erneuten, wenn auch zunächst nur zaghaften konjunkturellen Belebung bemerkbar, wie aus den seitdem wieder leicht ansteigenden Produktionszahlen hervorgeht, vor allem in der Herstellung von dauerhaften Gütern.

Nach den letzten Berichten scheint sich diese Belebung nunmehr auch in einer wieder zunehmenden Investitionsneigung und einer wesentlichen Verlangsamung des Lagerabbaus (der im November praktisch sogar zum Stillstand gekommen zu sein scheint) auszuwirken, so daß auch die von dieser Seite her bisher wirksam gewesenen depressiven Kräfte immer mehr nachlassen, womit die Krisengefahr zunächst jedenfalls endgültig gebannt und der Weg für einen allgemeinen konjunkturellen Wiederanstieg freigemacht sein dürfte. Zwar ist der Sättigungsgrad des Investitionsbedarfs der amerikanischen Wirt-

Auskunft erteilt die zuständige Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer

schaft zweifellos immer noch sehr hoch, nachdem ihre Investitionstätigkeit in den vergangenen Nachkriegsjahren einen in der ganzen Wirtschaftsgeschichte der USA noch nie dagewesenen einmaligen Rekordstand aufwies, wie schon aus dem exzeptionell hohen Anteil der Investitionsaufwendungen an der Verwendung des gesamten Sozialprodukts in diesen Jahren hervorgeht, und es darf wohl kaum so schnell mit einem erneuten Investitionsboom gerechnet werden; dennoch dürfte aber das Jahr 1955, falls die Regierung der USA auch weiterhin bereit ist, an ihrer bisherigen konjunkturpolitischen Linie festzuhalten, einen merklichen Wiederanstieg der gewerblichen Investitionen und damit auch eine weitere allgemeine konjunkturelle Belebung der amerikanischen Wirtschaft mit sich bringen.

Zum ersten Mal in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte ist damit in einem weltwirtschaftlich führenden Land vom Staat der erfolgreiche Versuch gemacht worden, eine sich anbahnende Konjunkturkrise mit den der modernen Konjunkturtheorie entsprechenden marktkonformen konjunkturpolitischen Mitteln zu bekämpfen — eine Tatsache, deren grundsätzliche Bedeutung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann!

Bei der besonders engen wirtschaftlichen Verflechtung Kanadas mit den USA ist es nur natürlich, daß die konjunkturelle Entwicklung dort im wesentlichen parallel mit der konjunkturellen Entwicklung in den USA verlaufen ist.

Anhaltende Expansion in Westeuropa

Im Gegensatz zu Nordamerika hat sich der Konjunkturaufschwung in Westeuropa im vergangenen Jahr im ganzen gesehen in unvermindertem Tempo fortgesetzt, bei allerdings weiter zunehmender Differenzierung in den einzelnen Ländern. In den kontinentaleuropäischen Industrieländern, bei denen der — immer noch zu einem erheblichen Teil kriegsbedingte — vordringliche Investitionsbedarf noch weit von der Sättigung entfernt ist, hat sich die Aufwärtsentwicklung eher noch verstärkt, insbesondere in der Bundesrepublik, in Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz, während sie sowohl in Großbritannien als auch in den skandinavischen und einigen anderen Randländern in verschiedener Hinsicht auf Grenzen stößt, die zum mindesten eine spürbare Verlangsamung des bisherigen Wachstumstempos bedingen. Erst recht gilt das für Japan, wo die im Zuge eines ungestümen Aufschwungs aufgetretenen Disproportionalitäten im Außenhandel bereits zu akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten geführt und die Regierung zu drastischen Einfuhrbeschränkungen und deflatorischen Maßnahmen veranlaßt haben, deren Folge die seit Frühjahr 1954 eingetretene allgemeine wirtschaftliche Stagnation mit partiellen Rückbildungserscheinungen ist.

Im ganzen hat das industrielle Produktionsvolumen der westlichen Welt, das im Frühjahr und Sommer 1954 infolge des amerikanischen Produktionsrückganges noch etwas unter dem Vorjahresstand lag, neuerdings diesen Stand wieder erreicht. Der relativ geringe Rückgang in der Nachfrage der Industrieländer nach Nahrungsmittel- und Industrierohstoffen konnte durch verstärkte amerikanische Preisstützungs- und stockpiling-Käufe etwa ausgeglichen werden. So haben sich die Weltmarktpreise für Rohstoffe und Nahrungsmittel im Jahre 1954 im ganzen (bei allerdings stark divergierender Entwicklung im einzelnen) ungefähr behaupten können. Wenn man von den finanz- und währungspolitischen Schwierigkeiten absieht, die in verschiedenen dieser Länder durch eine übermäßige staatliche Förderung der Industrialisierung entstanden sind, gestaltete sich daher auch der Außenhandel und damit auch die gesamtwirtschaftliche Lage der Agrar- und Roh-

stoffländer im einzelnen zwar unterschiedlich, im ganzen jedoch nicht unbefriedigend.

Rohstoffmärkte

Bei weiteranhaltendem Konjunkturaufschwung in fast allen westeuropäischen Industrieländern und voraussichtlicher Besserung der Konjunkturlage auch in Nordamerika — der noch nicht überwundene japanische Rückschlag fällt demgegenüber kaum ins Gewicht — kann für das Jahr 1955 im Gegensatz zu 1954 eine erneute Zunahme des gesamten Industrieproduktionsvolumens der westlichen Welt erwartet werden. Diese Zunahme wird zweifellos einen Mehrbedarf an Industrierohstoffen zur Folge haben und entsprechend die Preisbildung auf den Weltrohstoffmärkten beeinflussen, die aber im übrigen weiterhin sehr stark von den — nicht zuletzt rein politisch bedingten — jeweiligen Schwankungen im Umfang der amerikanischen stockpiling-Käufe abhängen wird. Mit diesem ausdrücklichen Vorbehalt wird man im Jahre 1955 mit einer im Vergleich zu bisher im allgemeinen etwas festeren Grundtendenz der Preisentwicklung auf den maßgebenden Weltrohstoffmärkten rechnen dürfen.

Bei weiter zunehmender laufender Rohstoffnachfrage der Industrieländer und festerer Preisentwicklungstendenz für Rohstoffe kann 1955 auch mit einer entsprechenden Steigerung der Exporterlöse und damit auch der Einfuhrmöglichkeiten der Rohstoffländer aus den Industrieländern gerechnet werden.

Koexistenz und Wiedervereinigung

Wir haben uns daran gewöhnt, ausweglose Situationen durch die Schöpfung neuer Begriffe abzutun. Dadurch schaffen wir zwar keine Auswege, wir haben aber die Möglichkeit, klug über die Ausweglosigkeit zu reden und aus der Ausweglosigkeit ein neues System und eine neue Weltanschauung zu schaffen. Eine solche Ausrede für das Eingeständnis der Ausweglosigkeit ist der Begriff „Co-existence". Für uns Deutsche hat dieser Begriff einen recht peinlichen Beigeschmack erhalten. Er ist mit Absicht oder auch ohne Absicht mit der Vertagung der Wiedervereinigung auf lange Sicht verbunden worden.

Was will man mit diesem Begriff „Co-existence" eigentlich sagen? Hat es nicht zu allen Zeiten der Geschichte das Nebeneinander-Existieren verschiedener Staatsformen und Weltauffassungen gegeben? Jahrhunderte hindurch hat es nicht nur ein Nebeneinander, sondern ein Zusammenwirken von Monarchien, Oligarchien, Diktaturen und Demokratien verschiedenster Färbung gegeben. Wir können nicht ohne weiteres einsehen, was der Begriff „Co-existence" eigentlich Neues beinhalten soll. Es sei denn, man wolle ihn auf deutsch mit „Pulverfaß" oder „latenter Atombombe" übersetzen. Der Koexistenz verschiedener Weltauffassungen muß die kriegerische Auseinandersetzung durchaus nicht immanent sein. Es sei uns, als Deutschen, gestattet zu fragen, wieso Koexistenz und Wiedervereinigung einander ausschließen sollen. Will man vielleicht innerhalb unseres deutschen Staatsgebietes ein besonders anschauliches Exempel statuieren, daß Koexistenz auch unter diesen besonders verschärften Bedingungen Realität genießt? Man sollte doch eigentlich am Korea-Beispiel schon ausreichendes Beweismaterial gesammelt haben. Die Verknüpfung der Begriffe Koexistenz und Wiedervereinigung (im negativen Sinne), die trotz aller offiziellen Dementis durch die Weltpresse geistert, hat für uns eine besondere Bedeutung.

Kein Dementi kann den Eindruck verschleiern, daß man damit die Katze aus dem Sack gelassen hat. Im Grunde genommen charakterisiert dieses „aus der Schule plaudern" die reale weltpolitische Lage viel treffender als alle offiziellen Neujahrs-Botschaften. Es zeigt uns Deutschen schlaglichtartig die Gefahr, die wir in nächster Zukunft zu bestehen haben. Die Möglichkeit, unserem Ziel durch eine direkte Vertretung in Moskau näherzukommen, ist durch die neue Sowjetnote in ein gefährliches Zwielicht gerückt worden. Wir müssen uns entschließen, unseren westlichen Freunden mit der Forderung nach Wiedervereinigung unbequem zu werden. Denn bei diesem Akt des weltpolitischen Dramas sind wir nicht die Akteure. Wir dürfen uns darüber nicht täuschen. Wir müssen andere für uns handeln lassen. Sind wir uns eigentlich dessen bewußt, daß Millionen von Menschen — Vertriebene und Ausharrende in Ost- und Westdeutschland — immer noch der felsenfesten Überzeugung sind, daß die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit realisiert wird? Sind wir uns dessen bewußt, daß die Enttäuschung dieser Hoffnung den seelischen Zusammenbruch des Volkes bedeutet? Wenn wir uns dessen bewußt sind, dann ist unsere Linie für das Jahr 1955 vorgezeichnet. (sk)

Nochmals: Die Systematik der Wirtschaftspresse

Schlußwort des Autors

Sehr geehrter Herr Berghändler!

Gern nehme ich die Gelegenheit wahr, auf die in der Dezember-Nummer des „Wirtschaftsdienst" veröffentlichte kritische Zuschrift „Die Systematik der Wirtschaftspresse" von Herrn Professor Röper einzugehen.

Herr Professor Röper bezieht sich in seinem Brief nicht nur auf den in der Oktober-Nummer des „Wirtschaftsdienst" erschienenen „Überblick über die Wirtschaftspresse Westdeutschlands", sondern auch auf das vom Institut für Publizistik der freien Universität Berlin erarbeitete und Mitte vorigen Jahres erschienene Handbuch „Die deutsche Presse 1954" (Duncker und Humblot, Berlin 1954), das die zahlreichen Interessenten der Presse- und Wirtschaftspraxis übereinstimmend als das Standardwerk über die deutsche Presse der Gegenwart bezeichnen.

Von den Autoren des Handbuches selbst wurde, so z. B. in der Abhandlung „Die deutsche Zeitschrift 1953/54" (a. a. O. S. 96 ff.), auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich bei der Systematik und der praktischen Einordnung der Organe der periodischen Presse in ein Sachgruppenschema immer ergeben haben. Jedoch interessiert eine solche Systematik nicht nur den „Definitionshuber", sie ist auch für viele rechtliche und wirtschaftliche Streitfälle von entscheidender Wichtigkeit und muß also schon aus diesem Grunde gemacht werden. Leider besteht auch im bibliographischen Bereich bisher keine Absprache über eine Gliederung; es wird nur erwartet, daß die konkreten Vorschläge, die auch in dem oben erwähnten Aufsatz des Handbuchs gemacht wurden, zu solchen Vereinbarungen führen werden.

„Selbstverständlich" streiten sich die Zeitungswissenschaftler n i c h t mehr darüber, was unter einer Zeitung und was unter einer Zeitschrift zu verstehen ist, wohl aber kann man darüber streiten, welche Organe in dem einen oder anderen Falle zu diesen beiden Typen der periodischen Presse zu rechnen sind. Solche Grenzfälle sind jedoch selten, und die von der Zeitungswissen-